

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 14. Ratssitzung vom 12. September 2018

351. 2018/23

**Interpellation von Johann Widmer (SVP) und Elisabeth Liebi (SVP) vom
17.01.2018:**

**Fachstellung für Gleichstellung, Gründe für die Untervertretung von Männern im
Team der Fachstelle und die gegenwärtige hierarchische Führungsstruktur**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 532 vom 27. Juni 2018).

***Elisabeth Liebi (SVP)** nimmt Stellung: Die grundsätzliche Frage ist, wofür wir ein Gleichstellungsbüro brauchen. Die Städte Winterthur und Aarau bewiesen, dass das Büro nicht gebraucht wird, weshalb es in diesen Städten geschlossen wurde. In Zürich spricht die SP stets von Gleichberechtigung und Gleichstellung. Ausgerechnet im Gleichstellungsbüro herrscht eine grosse Diskrepanz der Geschlechterverteilung: Achtzig Prozent der Angestellten sind Frauen, zwanzig Prozent sind Männer. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass explizit Männer im Inserat angesprochen werden, aber auch, dass sich nach kurzer Zeit aus dem Rennen aussteigen. Wir fragten, ob das an der politischen Ausrichtung der Bewerber liegt, was der Stadtrat verneint, aber nicht belegt. Die Webseite des Gleichstellungsbüros lässt gleich erkennen, dass es von Linken betrieben wird. Warum muss eine Frau das Büro leiten? Warum ist es nicht möglich, die Führungsposition einem Mann zu überlassen oder durch eine Doppelbelegung zu ersetzen? Dass seit dem Jahr 2012 eine Frau die Leitung mit einem Arbeitspensum von achtzig Prozent bewirtschaftet und sie die besten Qualifikationen hatte, ist die Begründung des Stadtrats. Provokativ möchte ich in Frage stellen, ob das heute immer noch so wäre. Im Gleichstellungsbüro werden Männer ganz eindeutig benachteiligt. Die Linken sprechen stets von der Frauenquote. Vielleicht ist es aber so, dass sie in der Privatwirtschaft oder im Bundesrat die besseren Qualifikationen aufweisen. Das Pensum stellt einen weiteren möglichen Grund dar: Viele Frauen wollen oder können zu 100 % arbeiten, was jedoch auf vielen Kaderpositionen nicht möglich ist. Auch ist ein Jobsharing oft aus Kostengründen nicht möglich. Viele Firmen verfügen nicht über ein mit der Stadt vergleichbares Budget. Ob es sich schliesslich um einen Mann oder um eine Frau handelt: Der beste sollte die Stelle bekommen. Will jemand tatsächlich eine Stelle bekommen, nur, weil eine Frauenquote erfüllt werden soll? Ich als Frau will das nicht, ich will eine Stelle bekommen, weil ich dafür qualifiziert bin. Im Jahr 2017 verlangten 556 Personen eine Auskunft, Beratung oder Vermittlung. Im Jahr 2016 waren es 486 Personen, im den zwei Jahren zuvor 399 und im Jahr 2013 523. Vorher hörten wir, dass es so viele trans* Menschen wie Bauern gibt. Die Anzahl der Bauern ist aber um einiges höher als die genannten Zahlen. Die grosse Anzahl von Stellenprozenten für so wenige Menschen zu betreiben, wäre in der Privatwirtschaft nicht möglich. Es bestehen bereits genügend andere Anlaufstellen für Lesben, Schwule, Transsexuelle, Bisexuelle sowie intersex und trans* Menschen. Das unterstütze ich. Winterthur und Aarau sind Vorreiter, deren Beispiel wir folgen sollten, indem wir das Büro schliessen.*

Weitere Wortmeldungen:

Vera Ziswiler (SP): Der Fragekatalog zur Fachstelle erstaunt. Durch die ersten sieben Fragen ist ein roter Faden zu erkennen: Alle sollen gleichbehandelt werden, keine Diskriminierung stattfinden und auch soll keine Hierarchie in der Fachstelle herrschen – einer Fachstelle mit 650 Stellenprozenten. Es handle sich um eine offensichtliche Diskriminierung, weil die Männer im Team der Fachstelle untervertreten sind. Männer werden aber explizit angesprochen und sogar bevorzugt, sie interessieren sich aber offensichtlich weniger für die Fachstelle für Gleichstellung und ziehen ihre Kandidaturen häufig aus finanziellen und karrieretechnischen Gründen zurück. Das bereuen wir beide. Eine der Fragen hinterfragt den Sinn einer leitenden Stelle, was amüsant ist, da gerade die SVP wissen sollte, dass auch ein kleines Unternehmen für bestimmte Aufgaben wie Budget, Finanzkontrolle, Personal, aber auch für die Planung der Ressourcen eine verantwortliche Person braucht, wie es auch eine Person braucht, die das Unternehmen repräsentiert und Verhandlungen führt. In der Fachstelle für Gleichstellung kann das durchaus auch ein Mann sein oder durch eine Co-Leitung geschehen, was explizit in der Antwort des Stadtrats begrüsst wird und in Zukunft weiterhin möglich bleibt. Die SVP vermutet bei der Parteienvertretung ebenfalls eine Diskriminierung. Bei einer Anstellung ist es jedoch juristisch unzulässig, nach der Parteizugehörigkeit zu fragen. Zu argumentieren, dass es sich aber um ein politisches Amt handelt, ist aber falsch, da bei dieser Betrachtungsweise beinahe die gesamte Stadtverwaltung, etwa Mitarbeitende des Hochbauamts oder des Sicherheitsamts, politische Aufgaben umsetzt. Für die gesamte Verwaltung die Parteizugehörigkeit zu berücksichtigen, ist schlicht nicht möglich. Angesichts der abenteuerlichen Argumente der Interpellation und des Votums gehe ich davon aus, dass es in erster Linie um die letzten zwei Fragen geht. Bald wird anlässlich der Budgetdebatte die Abschaffung der Fachstelle thematisiert. Würde aber die städtische in die kantonale Fachstelle für Gleichstellung inkorporiert, wo die Mehrheit bürgerlich ist, sind Kürzungen oder sogar die Abschaffung möglich.

Yasmine Bourgeois (FDP): Über das Geschlechterverhältnis in der städtischen Fachstelle für Gleichstellung bin ich nicht schockiert, auch sind die Antworten des Stadtrats nachvollziehbar. Es macht Sinn, dass dort, wo sich mehr Frauen bewerben, auch mehr qualifizierte Frauen angestellt werden. Genauso logisch ist es aber auch, dass bei den Stellen, für die sich mehr Männer – und damit auch mehr qualifizierte Männer – bewerben, mehr Männer angestellt werden. Das wollen der Stadtrat und die linke Mehrheit aber nicht akzeptieren und fordern Quoten – das aber nicht überall, sondern nur bei Kaderstellen in der Stadtverwaltung und der Wirtschaft und auch in der Politik. Im Abfuhrwesen oder für Baustellen werden hingegen keine Frauenquoten verlangt. Die Fachstelle für Gleichstellung gibt damit implizit zu, dass solche Forderungen utopisch sind und dass Diskriminierungen an Stellen proklamiert werden, wo solche nicht vorhanden sind. An vielen Orten spielt hingegen die Selbstselektion eine grosse Rolle. Wenn in einem Lebensbereich zu wenige Menschen eines Geschlechts vorhanden sind, soll nichts erzwungen, sondern ausgehalten werden. Das geschieht auch in der Fachstelle. Des Weiteren fällt auf, dass die städtische und die kantonale Fachstelle dieselben Dienstleistungen anbieten. Dort ist eine Zusammenlegung in Betracht zu ziehen. Das können die Be-

reiche sein, die nicht intern für die städtische Verwaltung zuständig sind, oder im Bereich Schulung. Für die Bürger spielt es schliesslich keine Rolle, ob sie sich von der Stadt oder vom Kanton beraten lassen. Die FDP sieht nicht ein, warum die Stadt etwas anbieten muss, das bereits auf kantonaler Ebene angeboten wird. Nach diesem Grundsatz müsste jede Gemeinde über eine eigene Fachstelle für Gleichstellung verfügen. Offensichtlich ist das nicht der Fall, warum auch die rechtliche Argumentation des Stadtrats hinfällig ist. Die FDP fordert den Stadtrat darum auf, allfällige Doppelspurigkeiten mit dem Kanton zu koordinieren und Synergien zu nutzen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Der Zusammenhang zwischen den in der Interpellation gestellten Fragen und den Antworten des Stadtrats ist klar und deutlich und zeigt aus meiner Sicht auch im Vergleich mit anderen Interpellationen und anderen Antworten auf Schriftliche Anfragen den sehr grossen Willen des Stadtrats, ohne jegliche Emotionalität Transparenz herzustellen. Die Antworten kann man kaum in Frage stellen. Es besteht aber eine Diskrepanz zwischen den Fragen und Antworten und dem Votum von Elisabeth Liebi (SVP). Wir werden an das Bonmot «If the theory doesn't fit the facts, too bad for the facts» erinnert. Die Fakten müssten sich der Theorie anpassen; die SVP und die FDP halten die Fachstelle für Gleichstellung für unnötig und möchten sie abschaffen. Diese Position ist bekannt und hat im politischen Diskurs Platz. Dafür müssen aber diese Fragen nicht gestellt werden. Wenn sie gestellt werden und ernst gemeint sind, geschieht das Gegenteil. Die Fragen sind sehr suggestiv und enthalten Unterstellungen, die deutlich widerlegt sind. So gibt es etwa niemanden, der sich gegen die Co-Leitung ausspricht, die jüngst ermöglicht wurde, was aber nicht bedeutet, dass es zu einer personellen Änderung kommen muss. Nichts spricht dagegen, dass Männer für die Stellen angesprochen werden, wie das auch die Stellenausschreibungen belegen: «Aufgrund der Teamzusammensetzung wird bei gleichwertiger Qualifikation ein Mann bevorzugt.» Trotz all diesen Belegen werden die Antworten so interpretiert, dass eine Diskriminierung vorliegt. So ist nicht nachzuvollziehen, warum ein solcher Vorstoss eingereicht wird, während kein Interesse an den Antworten gezeigt wird. Das ist bedauerlich, da die Antworten zu genüge aufzeigen, dass alle angesprochenen Punkte berücksichtigt werden. Es ist nicht so, dass unsere Seite der Meinung ist, es sei nur in eine Richtung für eine bessere Ausgeglichenheit zwischen den Geschlechtern zu sorgen. Die von uns eingereichten Vorstösse 2013/349, 2015/355 und 2015/356 belegen, dass wir verlangen, dass sich die Stadt auch beispielsweise dafür einsetzt, dass im Betreuungsbereich mehr Männer angestellt werden oder dass sich die Stadt allgemein gegen die Geschlechterstereotypen in der Berufswahl einsetzt. Diese Bemühungen verlangen die Expertise der Fachstelle für Gleichstellung, die eine wichtige Funktion für die Stadt Zürich wahrnimmt. Es ist sehr falsch, aus den Antworten des Stadtrats zu schliessen, dass die Auflösung dieser Fachstelle in Frage kommt; diese vorgefasste Meinung lässt sich nicht mit den Antworten begründen.

Elisabeth Liebi (SVP): Was uns unterstellt wurde, ist unangebracht. Unsere Quintessenz ist, dass das städtische Gleichstellungsbüro aufgehoben und in das kantonale Büro eingefügt wird. Damit werden Ressourcen gespart und es kann effizienter gearbeitet werden. Schliesslich spielt es für die Betroffenen keine Rolle, ob die Fachstelle städtisch oder kantonally betrieben wird.

4 / 4

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Nach langjähriger Erfahrung sind wir uns einiges an Tiraden gegen die Fachstelle für Gleichstellung gewohnt; heute erfuhren wir, dass diesbezüglich aber Steigerungsmöglichkeiten bestanden. Vordergründig spricht die Interpellation den Männeranteil bei der Fachstelle für Gleichstellung an. Hierbei handelt es sich um eine interessante Fragestellung, deren Antworten genauso interessant sind. Am Ende wird aber in ehrlicher Manier gefordert, dass die Fachstelle aufgelöst werden soll. Das ist keine neue Botschaft. Bleiben wir bei den Fakten: Männer werden bei der Stellenausschreibung direkt angesprochen, wie auch beispielsweise Frauen direkt angesprochen werden, wenn es um die Suche nach Trampilotinnen geht. Eine Überzahl an Männern werden an Bewerbungsgespräche eingeladen. Im Bewerbungsgespräch kommt es aber vermehrt vor, dass Männer trotz guten Konditionen absagen, weil der Lohn zu tief sei oder weil zu geringe Aufstiegschancen vorhanden sind – die Fachstelle für Gleichstellung ist klein. Eine einseitige politische Zusammensetzung wird unterstellt: Ein solches Anstellungskriterium existiert aber nicht und niemand in der Fachstelle für Gleichstellung ist in einer Partei tätig oder parteipolitisch aktiv. Die hierarchische Ansiedlung der Fachstelle entspricht unserer Verwaltung und ist von der Stimmbevölkerung gewollt. Die Fachstelle erfüllt im Auftrag des Parlaments und der Bevölkerung ein breites Aufgabenspektrum für alle Menschen. Zwei Drittel der Anfragen geschehen durch externe Personen, Unternehmen oder Organisationen, ein Viertel der Ratsuchenden sind Männer. Wer in der Fachstelle für Gleichstellung arbeitet, exponiert sich. Die Mitarbeitenden leisten ausgezeichnete Arbeit.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat